VERWALTUNGSGERICHT COTTBUS

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

VG 5 K 822/24.A

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

wegen: Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)

hat die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Cottbus
aufgrund der mündlichen Verhandlung

vom 23. Oktober 2024

durch

den Richter am Verwaltungsgericht

als Einzelrichter

für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen.

Die Klägerin trägt die Kosten des gerichtskostenfreien Verfahrens.

Das Urteil ist wegen der Kosten vorläufig vollstreckbar.

Die Klägerin darf die Vollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrages abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages leistet.

Tatbestand:

Die Klägerin ist nach eigenen Angaben kenianische Staatsangehörige und 1988 geboren. Sie begehrt die Zuerkennung internationalen Schutzes und die Feststellung von Abschiebungsverboten.

Die Klägerin reiste 2023 nach Voraufenthalt in Italien in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellte 2023 einen Asylantrag.

In ihrer Anhörung bei der Beklagten trug die Klägerin vor, sie sei mit dem Vater ihres Sohnes von 2015 bis 2022 zusammen gewesen. Es sei eine On/Off Beziehung gewesen. Sie habe ihren Partner bereits im Jahr 2018, zweimal im Jahr 2019 und zuletzt 2022 verlassen, da er sie geschlagen habe, nach den ersten drei Malen, haben Sie sich immer wieder versöhnt und seien wieder zusammengekommen. Nachdem die Klägerin ihn zuletzt 2022 verlassen habe, sei der damit einverstanden gewesen, er habe ihr gemeinsames Kind nicht akzeptiert, er sei sich nie sicher gewesen, ob es sein Kind gewesen sei. Ihr Ex-Freund habe sie dann 2023 bedroht, er habe ihr damit gedroht, sie umzubringen, wenn sie nicht zu ihm zurückkehren würde.

Mit Bescheid vom 27. Mai 2024 lehnte die Beklagte den Antrag der Klägerin als offensichtlich unbegründet ab und lehnte die Feststellung von Abschiebungsverboten ab. Bezüglich der Begründung nimmt das Gericht Bezug auf den angefochtenen Bescheid, § 77 Abs. 3 des Asylgesetzes (AsylG).

Hiergegen hat die Klägerin am 3. Juni 2024 Klage erhoben.

Die Klägerin beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides des Bundesamtes vom 27. Mai 2024 zu verpflichten, ihr die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen,

hilfsweise, ihr subsidiären Schutz zuzuerkennen,

weiter hilfsweise, Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) festzustellen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Für die weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakte sowie die beigezogenen Verwaltungsvorgänge verwiesen.

Entscheidungsgründe:

I. Das Gericht konnte trotz Ausbleiben eines Vertreters der Beklagten verhandeln und entscheiden, nachdem die Beteiligten in der Ladung hierauf hingewiesen wurden, § 102 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

II. Die Klage ist nicht begründet.

Der angegriffene Bescheid ist rechtmäßig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten, § 113 Abs. 5 S. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Die Klägerin hat keinen Anspruch auf die begehrte Zuerkennung des Flüchtlingsschutzes nach § 3 AsylG, die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG oder die Feststellung von Abschiebungsverböten gemäß § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG. Auch die implizit angegriffene Abschiebungsandrohung, das Einreise- und Aufenthaltsverbot und das Verdikt der offensichtlichen Unbegründetheit sind nicht zu beanstanden.

Vielmehr drängt sich bei einem mit hinreichender Verlässlich- und Richtigkeitsgewähr geklärten Sachverhalt eine Antragsablehnung nach allgemeiner Auffassung auf. Es

drängt sich auf, dass der Klägerin interner Schutz bzw. eine inländische Fluchtalternative zur Verfügung steht. Eine gegenteilige Annahme erscheint aufgrund gesicherter Herkunftslandinformationen offensichtlich unwahrscheinlich und offensichtlich nicht überzeugend (Art. 32 Abs. 2 i.V.m. Art 31 Abs. 8 Buchst. e) Richtlinie 2013/32 EU bzw. § 30 Abs. 1 Nr. 2 AsylG n.F.).

Die Klägerin kann hinsichtlich der geltend gemachten Verfolgung durch ihren Ex-Partner sowohl im Hinblick auf Flüchtlingsschutz als auch auf subsidiären Schutz auf internen Schutz bzw. eine inländische Fluchtalternative verwiesen werden, § 3e AsylG.

In Kenia leben über 50 Millionen Menschen. Das Land hat eine Fläche von knapp 600.000 Quadratkilometern (GIZ, Länderinformationsportal, Kenia, Überblick, Oktober 2018). Ein zentrales Melderegister existiert nicht. Ebenso wenig besteht eine Meldepflicht (Auswärtiges Amt, Auskunft an das BAMF vom 23. September 2010). Die Anonymität der Großstädte bietet - sofern gewünscht - Raum für Rückzug (Republik Österreich, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Kenia, Stand 17. Juli 2018, S. 25). Es besteht die Möglichkeit, sich in einer anderen Region des Landes, wo die eigene ethnische Gruppe dominiert, ohne Probleme niederzulassen (Republik Österreich a.a.O.). Lediglich Menschenrechtsaktivisten, die sich sehr exponieren, werden bis zu einem gewissen Grad als gefährdet eingeschätzt (Republik Österreich a.a.O., Stand 2015, S. 19). Geht es um eine Verfolgung durch - wie hier nicht-staatliche Akteure, ist interner Schutz wahrscheinlich (Home Office, Kenya: Background Information, Februar 2018, Ziffer 2.3.3). Dass der Ex-Freund der Klägerin landesweite Verfolgungsmacht hätte, ist nicht ersichtlich. Dass er sie in

aufgesucht hat, ändert hieran nichts, da gar nicht ersichtlich ist, dass sie ihre Adresse insoweit geheim gehalten hätte, um sich vor ihrem Ex-Freund zu verbergen. Dafür hätte auch kein Anlass bestanden, da die Klägerin sich von ihrem Partner zunächst einvernehmlich getrennt hat. Die vor dem Bundesamt von ihr noch behauptete postalische Bedrohung hat die Klägerin in der mündlichen Verhandlung vor Gericht ausdrücklich verneint. Bei einer Rückkehr würde sich auch keinerlei Anhaltspunkt für den Ex-Freund der Klägerin bieten, deren Aufenthaltsort zu ermitteln, ganz ungeachtet dessen, ob dieser überhaupt noch ein Verfolgungsinteresse an ihr hätte.

Als Ausweichort kommt etwa die unmittelbar von Deutschland aus auf dem Luftweg erreichbare Großstadt Mombasa in Betracht, wo der aus einem Dorf bei Nairobi stammenden Klägerin keinerlei Aufdeckung durch den Ex-Partner droht.

In Mombasa drohen der Klägerin auch keine sonst hier beachtlichen Gefahren.

Auch ist davon auszugehen, dass die Klägerin am Ort internen Schutzes das durch Art. 3 EMRK gekennzeichnete Existenzminimum (BVerwG, Urteil vom 18. Februar 2021 - 1 C 4.20 -) wird sichern können.

Kenia hat die stärkste und die vielfältigste Wirtschaft innerhalb der East African Community (EAC). Sie gehört ökonomisch zu den führenden Staaten des afrikanischen Kontinents und ist die größte Volkswirtschaft Ostafrikas. Ziel der kenianischen Regierung ist es, bis zum Jahr 2030 zu einem industrialisierten Land mit mittlerem Einkommen aufzusteigen. Die Dezentralisierung und Schaffung einer zweiten Regierungsebene hat dazu geführt, dass sich die Leistung in den geschaffenen Bezirken im Hinblick auf Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und im öffentlichen Dienst gesteigert hat. Insgesamt konnte die breite Bevölkerung jedoch vom wirtschaftlichen Wachstum nicht profitieren. Das Land bleibt eines der ärmsten der Welt und rangiert auf Platz 143 von 189 auf dem Human Development Index. Laut der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) lebt fast die Hälfte der kenianischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Landwirtschaft ist Arbeitgeber für einen Großteil der Bevölkerung und trägt mit beinahe 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei. Mehr als ein Drittel der kenianischen Bevölkerung muss mit weniger als zwei amerikanischen US-Dollar pro Tag auskommen. Kenia ist ein Land mit starker sozialer und regionaler Ungleichverteilung von Einkommen. Von den rund 16,8 Millionen Beschäftigten arbeiten etwa 83 % im informellen Sektor, während etwa 16 % im modernen formellen Sektor tätig sind. Die Wirtschaft hat von 2013 bis 2017 im informellen Sektor jährlich von 620.000 bis 787.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Laut der letzten Volkszählung 2009 macht die Jugend 35,4 Prozent der Bevölkerung aus und ist am stärksten von der Ungleichheit beim Zugang zu Bildung und von Arbeitslosigkeit betroffen. 38 Prozent der Jugendlichen gehen weder einer Erwerbstätigkeit nach noch machen sie eine Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium. Im formellen Sektor ging die Beschäftigung von 134.000 im Jahr 2013 auf 110.000 im Jahr 2017 zurück. Die amtliche Gesamtarbeitslosigkeitsrate lag 2018

bei 9,3 Prozent. Kenia ist Mitgliedsstaat in allen wichtigen regionalen Organisationen. Im jüngsten African Regional Integration Index von 2019 wurde Kenia als Top-Performer innerhalb der EAC, COMESA und IGAD eingestuft, wobei die EAC als der am besten funktionierende regionale Integrationsmechanismus in Afrika bewertet wurde, obwohl eines offenen Konflikts innerhalb der EAC aufgrund eines Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit der Europäischen Union. Kenia hat zwar die Abhängigkeit vom Agrarsektor abgebaut, doch bleibt der wichtigste Wirtschaftssektor Kenias nach wie vor die Landwirtschaft sowie die Fischerei und Forstwirtschaft, in der ca. 30 Prozent des BIP erwirtschaftet werden. Landwirtschaftliche Produkte sind Hauptexportgüter, wobei Tee Kenias wichtigstes Ausführprodukt bleibt. Die Banken-, Finanz- und Telekommunikationsbranchen entwickeln sich überdurchschnittlich gut. Private Unternehmungen haben ebenfalls Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. In einigen Branchen wie Maschinen- und Anlagenbau, Chemie, Bauwirtschaft, Kommunikation, Umwelt- Medizintechnik, Infrastruktur und Bergbau sowie Finanzdienstleistungen wird stark investiert, womit auch das relativ hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre zu begründen ist. Mittelständische Betriebe breiten sich aus. Dies führt zum Wachstum der Handelstätigkeiten. Die Verfassung von 2010 enthält ein umfassendes Grundgesetz. Der Staat ist verpflichtet, allen, die sich nicht selbst versorgen können, soziale Sicherheit zu gewähren. Kapitel vier der Verfassung weist auch auf das Recht auf Gesundheitsversorgung, angemessene Arbeitsbedingungen, Beseitigung der Hungersnot, sauberes und ausreichendes Wasser und Bildung hin. Der Staat hat die Aufgabe, die entsprechenden Bedingungen und Rahmenbedingungen zu schaffen. Teil der offiziellen kenianischen Sozialpolitik ist es, die Armut durch Sozialfürsorge- und -vorsorgemaßnahmen zu bekämpfen (zu alldem: BAMF, Länderreport Kenia 2021).

Gemessen daran wird die Klägerin ein Mindestexistenzminimum sichern können.

Die Klägerin ist eine arbeitsfähige Frau, die in Kenia schon als Verkäuferin und in einem Hotel gearbeitet hat. Auch kann die Klägerin einen High School-Abschluss und einen 1-jährigen Collegebesuch vorweisen. Sie gehört damit zu den vergleichsweise höhergebildeten in Kenia. Zudem hat sie in Kenia auch noch ihre Mutter und die Großfamilie, die sie unterstützen können. In Kenia können Frauen, auch wenn sie bereits als Kind aus dem Land ausgereist sind und über keine Berufsausbildung verfügen, ihren Lebensunterhalt verdienen (Auswärtiges Amt, Auskunft an das OVG

Münster vom 3. April 2013). Außerdem existiert in Kenia eine große Zahl an sozialen und Selbsthilfeorganisationen sowie an informellen Kooperativen (Republik Österreich, a.a.O., S. 29). Zudem gibt es in ganzen Land - zuvörderst den Städten - zahlreiche kirchliche Stellen und Nichtregierungsorganisationen, die Hilfe für Frauen in vulnerablen Situationen anbieten (Republik Österreich, a.a.O., S. 21 f.). Auch sind in Kenia alleinstehende Frauen (mit Kind) in städtischen Ballungsräumen eher die Regel als die Ausnahme sind. Der Umstand, alleinstehend zu sein, steht, selbst wenn ein Kind zu betreuen ist, der Möglichkeit, den Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten, nicht entgegen (Republik Österreich, a.a.O.). Zur Bewältigung der schwierigen Startphase unmittelbar nach der Rückkehr kann die Klägerin auf Beihilfen für freiwillige Rückkehr nach dem REAG/GARP-Programm verwiesen werden. Die Beihilfen belaufen sich auf 1.400 Euro (Starthilfe und Starthilfe Plus), was gemessen am kenianischen Durchschnittseinkommen (für 2021: 5.150 US-Dollar jährlich, kaufkraftbereinigtes Bruttonationaleinkommen pro Kopf, nach der Atlas-Methode sogar nur 2.080 US-Dollar, Quelle Weltbank, Data, Kenya) im Hinblick auf die reduzierten Kosten einer nicht durchschnittlichen, sondern lediglich das Mindestexistenzminimum gewährleistenden Lebensführung von Gewicht ist.

National-rechtlicher Abschiebeschutz ist ebenfalls zu verneinen. Die obigen Ausführungen zum internationalen Schutz gelten dort sinngemäß und erst Recht.

Da der Bescheid auch im Übrigen nicht zu beanstanden ist, war die Klage abzuweisen.

III. Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Das Verfahren ist gemäß § 83b AsylG gerichtskostenfrei.

IV. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit ergibt sich aus § 167 VwGO i.V.m. § 708 Nr. 11, § 711 der Zivilprozessordnung.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen dieses Urteil kann innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung die Zulassung der Berufung beantragt werden. Der Antrag ist bei dem Verwaltungsgericht Cottbus zu stellen. Er muss das angefochtene Urteil bezeichnen. In dem Antrag sind die Gründe, aus denen die Berufung zuzulassen ist, darzulegen.

Vor dem Oberverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für den Antrag auf Zulassung der Berufung. Als Bevollmächtigte sind Rechtsanwälte sowie die sonst in § 67 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 Satz 7 der Verwaltungsgerichtsordnung bezeichneten Personen und Organisationen zugelassen. Ein als Bevollmächtigter zugelassener Beteiligter kann sich selbst vertreten. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt vertreten lassen; das Beschäftigungsverhältnis kann auch zu einer anderen Behörde, juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem der genannten Zusammenschlüsse bestehen. Richter dürfen nicht vor dem Gericht, ehrenamtliche Richter nicht vor einem Spruchkörper auftreten, dem sie angehören.